



Daniela Schäfrich

**Die Verfahrensbefugnisse und
Klagerechte Dritter im Bereich des
öffentlich-rechtlichen Bodenschutzes
am Beispiel des Umweltschadensgesetzes**

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel: Das deutsche Umweltverwaltungsrecht und die Klagerechte von Umweltverbänden	17
A) Aktueller Anlass	17
B) Die Bedeutung des USchadG im Umweltverwaltungsrecht	19
C) Die Rechte von Umweltverbänden	21
I. Die gesellschaftsrechtliche Bedeutung der Rechte von Umweltverbänden	21
II. Die Rechte von Naturschutzverbänden im BNatSchG	23
III. Die Rechte von Umweltverbänden im UmwRBG	24
IV. Der Umfang der bestehenden Verbandsklagerechte	25
D) Der Gang der Untersuchung	26
 Zweites Kapitel: Der Dritte im Verwaltungsverfahren und die Geltendmachung von Ansprüchen	29
A) Einleitung	29
B) Der Dritte im Verwaltungsverfahren	29
I. Der Dritte im Verwaltungsverfahrensgesetz	29
1. Die Person des Dritten	30
2. Der Betroffene	30
3. Zwischenergebnis	31
4. Der Antragsteller	32
5. Ergebnis	34
II. Der Dritte im Sinne des BBodSchG und des USchadG	34
1. Allgemeines	34
2. Die Dritten im Einzelnen	34
a) Einzelpersonen	34
b) Personenmehrheiten	35
C) Die Geltendmachung verwaltungsrechtlicher Ansprüche durch Dritte	36
I. Einleitung	36
II. Das subjektive öffentliche Recht	36
III. Die Bestimmung des subjektiven öffentlichen Rechts	37
1. Die Schutznormtheorie	37
2. Der Einfluss des Europarechtes auf die Schutznormtheorie	38
a) Das Zusammenspiel von nationalem Recht und Gemeinschaftsrecht	38

b) Europarecht und § 42 Abs. 2 VwGO	39
c) Die Rechtsprechung des EuGH zu den Klagevoraussetzungen in den Mitgliedsstaaten	40
d) Zusammenfassung zur Gemeinschaftsrechtskonformität der Schutznormtheorie	42
3. Das dem Dritten gewährte Schutzniveau	42
 Drittes Kapitel: Die Rechte Dritter im BBodSchG	45
A) Der Anwendungsbereich des BBodSchG vor dem Hintergrund der Geltung des USchadG	45
B) Die Rechte Dritter	46
I. Die einschlägigen Ermächtigungsgrundlagen	46
1. Die Ermächtigungsgrundlagen	46
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen der Ermächtigungsgrundlagen	46
3. Die durch das BBodSchG vermittelten Ansprüche	46
II. Die Anwendung der Schutznormtheorie	47
1. Zum Merkmal des Allgemeininteresses	48
2. Zum Merkmal des klar abgrenzbaren und bestimmbaren Personenkreises	49
a) Der Einzelne	49
b) Die Verursachung von Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen durch die Beeinträchtigung der Bodenfunktionen für den Einzelnen	52
aa) Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen	52
bb) Beeinträchtigung der Bodenfunktionen	54
c) Zusammenfassung	55
3. Ergebnis	55
C) Rechtsfolge	55
D) Zusammenfassung	57
 Viertes Kapitel: Die materiell-rechtliche Bedeutung des USchadG	59
A) Das USchadG im deutschen Umweltschutzrecht	59
B) Der Anwendungsbereich	60
I. Der sachliche Anwendungsbereich	60
1. Der Bodenschaden	60
a) Die Definition	60

aa)	Die Definitionen der Schäden an den drei Schutzgütern des USchadG.....	60
bb)	Rechtfertigung der Abweichung der Definitionen des Bodenschadens zwischen USchadG und BBodSchG	62
b)	Zur Schädigung des Bodens im Einzelnen	66
aa)	Die Definition des Bodenschadens	66
bb)	Die Beeinträchtigung der Bodenfunktionen	67
cc)	Die Einbringung von Stoffen	70
c)	Die Gefahr für die menschliche Gesundheit.....	70
aa)	Der Begriff der menschlichen Gesundheit.....	70
bb)	Das Erfordernis einer konkreten oder abstrakten Gefährdung	71
2.	Die unmittelbare Gefahr eines Schadens.....	75
3.	Die berufliche Tätigkeit im Sinne der Anlage 1 zum USchadG..	76
a)	Der Grundsatz	76
b)	Die beruflichen Tätigkeiten im Sinne der Anlage 1 zum USchadG.....	76
c)	Zusammenfassung	77
4.	Die Kausalität	77
a)	Die Theorie der unmittelbaren Verursachung.....	77
b)	Die Anforderungen an den Nachweis der Kausalität.....	79
aa)	Der Grundsatz	79
bb)	Beweiserleichterungen.....	81
(1)	Die analoge Anwendung von § 6 Abs. 2 UmweltHG	81
(2)	Das Vorliegen einer planwidrigen Regelungslücke ..	81
(3)	Die Vergleichbarkeit der Sach- und Interessenlage...	85
(4)	Kein Erfordernis einer Einschränkung.....	85
(5)	Zwischenergebnis.....	86
5.	Der Ausschluss des Anwendungsbereichs.....	86
II.	Der zeitliche Anwendungsbereich	86
1.	Allgemein	86
2.	Rückwirkung	87
3.	Zulässigkeit der Rückwirkung.....	88
4.	Ergebnis zur Rückwirkungsproblematik	89
5.	Verwirkung von Ansprüchen	89
C)	Die Handlungspflichten und -befugnisse nach dem USchadG	89
I.	Die Handlungspflichten der Verantwortlichen nach dem USchadG.....	90

1. Der Verantwortliche der Handlungspflichten	90
a) Der Verhaltensverantwortliche	90
b) Ermessen bei der Auswahl des Verantwortlichen	92
2. Die Informationspflicht des § 4 USchadG.....	93
a) Inhalt und Umfang der Informationspflicht.....	93
b) Entstehung und Dauer der Informationspflicht.....	96
c) Die Person des Informationspflichtigen.....	97
d) Vergleich mit dem BBodSchG.....	97
3. Die Gefahrenabwehrpflicht gemäß § 5 USchadG	99
a) Der Inhalt der Gefahrenabwehrpflicht	99
b) Die Anwendung des § 5 USchadG in der Praxis	100
c) Vergleich mit dem BBodSchG.....	101
4. Die Sanierungspflicht gemäß § 6 USchadG	101
a) Die Schadensbegrenzungsmaßnahmen.....	101
b) Die Sanierungsmaßnahmen	102
aa) Das Verfahren zur Bestimmung der Sanierungsmaßnahmen	102
bb) Die Bestimmung der umzusetzenden Sanierungsmaßnahmen	102
II. Die behördlichen Pflichten und Befugnisse.....	105
1. Die allgemeinen Pflichten und Befugnisse der Behörden gemäß § 7 USchadG	105
a) Der Wortlaut des § 7 Abs. 1 und Abs. 2 USchadG	106
aa) § 7 Abs. 1 USchadG.....	106
bb) § 7 Abs. 2 USchadG.....	106
b) Sinn und Zweck des § 7 USchadG	106
c) Entstehungsgeschichte.....	107
aa) Amtliche Begründung zum USchadG	108
bb) Richtlinienkonforme Auslegung des § 7 Abs. 2 USchadG...	108
cc) Anwendung der Richtlinie 2004/35/EG auf § 7 Abs. 1 USchadG.....	110
(1) Vermeidungs- und Sanierungsmaßnahmen.....	110
(2) Informationspflichten	112
d) Systematik.....	113
e) Der Wortlaut als Grenze der Auslegung	114
f) Zusammenfassung	114
2. Die Unterrichtungspflicht nach § 8 Abs. 4 USchadG.....	115
a) Der zu beteiligende Personenkreis.....	115

b) Inhalt und Form der Unterrichtung.....	115
c) Die zu berücksichtigenden Stellungnahmen.....	117
Fünftes Kapitel: Die verwaltungsbehördlichen Rechte Dritter nach dem	
USchadG.....	119
A) Allgemeines zum Anspruch des Dritten auf ein Tätigwerden der	
Behörde nach dem USchadG	119
B) Das Initiativrecht gemäß § 10 USchadG.....	119
I. Die Ziele des § 10 USchadG	119
1. Die Intentionen des Gesetzgebers	119
2. Der Antragsgegenstand.....	120
II. Die Erfolgsaussichten des Antrages.....	122
1. Die Zulässigkeit des Antrages	123
a) Die Anwendbarkeit des USchadG	123
b) Der Antrag	124
aa) Die Form des Antrages.....	124
bb) Der Inhalt des Antrages – Ist die Beschränkung	
der Rechte Dritter auf das Ergreifen von	
Sanierungsmaßnahmen europarechtskonform?	125
c) Die Antragsbefugnis	126
aa) Die Antragsberechtigten.....	126
bb) Die Voraussetzungen der Antragsbefugnis	126
(1) Die Antragsbefugnis des Betroffenen	127
(2) Die Antragsbefugnis der Umweltverbände	128
2. Die Begründetheit des Antrages	130
III. Das Tätigwerden der Behörde	132
1. Die verschiedenen Arten des Tätigwerdens.....	132
2. Entscheidung über das Tätigwerden als	
Ermessensentscheidung?	133
a) Die Problemstellung: Durchbrechung des staatlichen	
Gewaltmonopols bei Vorliegen einer gebundenen	
Entscheidung?.....	133
b) § 10 USchadG als Ermessensentscheidung oder als	
gebundene Entscheidung?	134
c) Zwischenergebnis	135
d) Rechtsstaatliche Bedenken gegen die Auslegung als	
gebundene Entscheidung	136
e) Ergebnis	138

IV. Zusammenfassung	138
C) Begründet § 7 USchadG ein Initiativrecht Dritter?	138
D) Begründet § 8 Abs. 4 USchadG ein Initiativrecht Dritter?	139
E) Ergebnis.....	140
Sechstes Kapitel: Der Rechtsschutz Dritter nach dem USchadG	
und dem BBodSchG	141
A) Die Bedeutung gerichtlichen Rechtsschutzes	141
B) Der Rechtsschutz in Bezug auf die Belange des BBodSchG.....	141
I. Der Rechtsschutz des Einzelnen.....	141
II. Rechtsschutz zugunsten von Vereinigungen?	142
C) Der Rechtsschutz zur Durchsetzung der durch das	
USchadG gewährten Rechte	142
I. Die Regelung des § 11 Abs. 2 USchadG	142
II. Die Klagerechte von Umweltverbänden.....	143
1. Die rechtlichen Grundlagen des Klagerechts	143
a) Die Verweisung des § 11 Abs. 2 USchadG auf	
§ 2 UmwRBG	143
b) Die Vorschrift des § 2 UmwRBG	143
2. Zweifel an der Europarechtskonformität des § 11 Abs.	
2 USchadG.....	145
3. Europarechtskonformität der Verpflichtung zur	
Geltendmachung der Verletzung einer	
drittschützenden Norm?.....	145
a) Grundsatz.....	145
b) Die Darstellung des Problems	146
c) Die Begründung Rechte Einzelner	146
d) Das Vorliegen drittschützender Normen im USchadG	147
aa) §§ 4 – 7 USchadG als drittschützende Norm?	147
bb) § 10 USchadG als drittschützende Norm.....	149
cc) Zwischenergebnis.....	149
e) Das Urteil des EuGH vom 12. Mai 2011 - C-115/09.....	149
aa) Der Verfahrensgang.....	150
bb) Die Rechtsfolgen des Urteils des EuGH für das	
deutsche Recht	151
cc) Die Urteilsgründe.....	152
f) Übertragbarkeit der Argumentation des EuGH auf	
das USchadG	152

aa) Die rechtlichen Grundlagen des UmwRBG und des USchadG.....	153
bb) Die Gemeinsamkeiten der Richtlinien 2003/35/EG und 2004/35/EG	153
cc) Die Unterschiede zwischen den Richtlinien 2003/35/EG und 2004/35/EG	155
dd) Zwischenergebnis.....	156
g) Die Bedeutung des Urteils des EuGH C-115/09 für das USchadG	156
aa) Einführung	156
bb) Weitere Argumente gegen die Europarechtskonformität des § 2 Abs. 1 Nr. 1 UmwRBG a.F.	157
cc) Die Bedeutung der Erwägungsgründe 25 und 26 der Umwelthaftungsrichtlinie für das USchadG	158
dd) Übertragbarkeit der Rechtsprechung des EuGH auf das USchadG?.....	159
ee) Rechtsfolgen für die Anwendung des USchadG.....	161
(1) Verpflichtungsklagen.....	161
(2) Anfechtungsklagen.....	162
ff) Zwischenergebnis.....	163
h) Rechtsfolgen der teilweisen Europarechtswidrigkeit des § 11 Abs. 2 USchadG i.V.m. § 2 Nr. 1 UmwRBG a.F.	164
aa) Europarechtskonforme Auslegung des § 11 Abs. 2 USchadG	164
bb) Die unmittelbare Anwendung der Richtlinie 2004/35/EG	165
(1) Die Voraussetzungen der unmittelbaren Anwendung	165
(2) Zum Fehlen der fristgerechten Umsetzung der Richtlinie	165
(3) Zur inhaltlichen Bestimmtheit der Richtlinie.....	166
(4) Zur inhaltlichen Unbedingtheit der Richtlinie	167
(a) Allgemeines	167
(b) Wahlrecht der Mitgliedsstaaten	167
(c) Wahlrecht der Mitgliedsstaaten bezüglich der Verfahrensart.....	170
(d) Wahlrecht der Mitgliedsstaaten bezüglich des Verfahrens.....	174

(e) Zwischenergebnis	176
(5) Zusammenfassung zur unmittelbaren Anwendung...	176
i) Ergebnis	177
4. Zu den Voraussetzungen einer von einer Umweltvereinigung erhobenen Klage	177
a) Der Anwendungsbereich des § 11 Abs. 2 USchadG.....	178
aa) Die Frage der Entscheidungserheblichkeit bezüglich des Anwendungsbereiches	178
bb) Die Auslegung des § 11 Abs. 2 USchadG.....	179
cc) Ergebnis	181
b) Die Voraussetzungen einer zulässigen Klage	181
aa) Der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten.....	181
bb) Die Klagebefugnis von Umweltverbänden.....	182
(1) Die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 UmwRBG	182
(2) Die Anerkennung der Vereinigung gemäß § 3 Abs. 1 UmwRBG	183
(a) Anerkannte Vereinigungen	183
(b) Der Status als anerkannt geltender Vereinigungen nach § 5 Abs. 2 UmwRBG	184
(3) Der Gegenstand des Klageverfahrens – Umweltschaden und unmittelbare Gefahr eines Umweltschadens	186
(4) Die Anforderungen an die zur Entscheidung gestellte Norm	186
(a) Die verletzte Norm und der Umweltschutz	186
(b) Entscheidungserheblichkeit der verletzten Norm	187
(5) Das Erfordernis des Vorliegens einer drittschützenden Norm.....	188
(6) Umweltschaden und Verbandssatzung.....	189
(7) Die Bedeutung der im behördlichen Verfahren vorausgegangenen Stellungnahmen	189
cc) Die statthafte Klageart	191
dd) Das Widerspruchsverfahren	191
ee) Die Präklusion von Einwendungen.....	191
ff) Die Klagefrist.....	192
gg) Die Beteiligten	192
hh) Die Beteiligtenfähigkeit.....	193

bb) Der Vergleich der sachlichen Anwendungsbereiche	205
cc) Der Vergleich der Sanierungsziele	207
dd) Der Vergleich der Rechtsfolgende	207
ee) Zwischenergebnis	208
B) Die Gegenüberstellung der Rechte Dritter im gerichtlichen Verfahren	209
I. Zusammenfassung der Voraussetzungen für die gerichtliche Geltendmachung von Rechten durch Dritte	209
1. Die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen im Geltungsbereich des BBodSchG	209
2. Die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen im Geltungsbereich des USchadG	209
II. Der Vergleich der gerichtlichen Rechtsschutzmöglichkeiten	210
1. Der Vergleich der den Umweltverbänden eingeräumten Initiativrechte	210
2. Der Vergleich der natürlichen und juristischen Personen gewährten Initiativrechte	211
3. Der Vergleich des Umfangs des Überprüfungsrechts im Rahmen der Anfechtungsklage	211
4. Wirkungsbereich des USchadG	211
5. Ergebnis	212
Achtes Kapitel: Fazit	215
Literaturverzeichnis	221
Abkürzungsverzeichnis	237